

29. Juli 2020

Nr.182/2020

Eine Presseinformation der
CDU-Fraktion im
Landtag Rheinland-Pfalz

Zukunft der US-Truppen in Rheinland-Pfalz

Christian Baldauf: Landesregierung muss jetzt ihre Planungen für Spangdahlem-Hilfen auf den Tisch legen

V.i.s.d.P.:
Leiter Pressestelle
Olaf Quandt,

CDU-Fraktion im Landtag
Rheinland-Pfalz

Kaiser-Friedrich-Straße 3
55116 Mainz

Tel. 0 61 31 - 208 33 15
Fax 0 61 31 - 208 43 15

olaf.quandt@cdu.landtag.rlp.de

Zu aktuellen Meldungen über den möglichen Abzug von US-Streitkräften von der US Air Base Spangdahlem erklärt der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Christian Baldauf:

„Der heute von der US-Administration verkündete mögliche Abzug der auf der Air Base Spangdahlem stationierten F16 Staffel ist eine schockierende Nachricht. Geopolitisch nachvollziehbar wäre dieser Schritt nicht. Es geht hier sicher nicht um eine strategisch logische Neuausrichtung der US-Truppenpräsenz in Europa, sondern einzig und allein um den US-Wahlkampf. Präsident Trump will seinen Anhängern Stärke gegenüber den NATO-Partnern demonstrieren, denen er mangelndes Engagement vorwirft. Es bleibt zu hoffen, dass es über den US-Kongress doch noch gelingt, den Teilabzug zu verhindern. Sowohl bei Republikanern als auch Demokraten gibt es Widerstand.

Die Leidtragenden dieser kurzsichtigen Politik sind nicht zuletzt die Menschen in der Eifel. Denn die Air Base ist ein wichtiger Arbeitgeber für über 700 deutsche Zivilbeschäftigte und zudem natürlich mit tausenden Soldaten und ihren Angehörigen ein enormer Wirtschaftsfaktor.

Jetzt kommt es darauf an, weiter im Gespräch mit den maßgeblichen Kongress-Abgeordneten zu bleiben und zugleich die Auswirkungen eines möglichen Truppenabzugs für die Region abzufedern. Dabei reicht es allerdings nicht, wenn sich die Landesregierung auf den Ruf nach dem Bund beschränkt. Bundesverteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat mir bereits zugesagt, dass der Bund freiwerdende Flächen zur Ansiedlung von Unternehmen zur Verfügung stellen wird.

Ich gehe davon aus, dass sich die Landesregierung auf eine solche Entscheidung der Trump-Regierung im Sinne eines Worst-Case-Szenarios vorbereitet und entsprechende Pläne in der Schublade hat. Sie darf die Region nun nicht im Stich lassen.“